

Dringlichkeitsantrag

des NEOS-Landtagsklubs (Erstantragsteller KO Dominik Oberhofer) betreffend:

Keine Erhöhung der Tourismusabgabe

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, die Tourismusabgabe (Promillesätze) für die Tiroler Unternehmen in den nächsten 24 Monaten nicht zu erhöhen.“

Zuweisungsvorschlag:

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs. 3 GO-LT dem **Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft, Industrie, Tourismus, Digitalisierung und Technologie** zugewiesen werden.

Begründung:

Um keine Abgabe gibt es in Tirol mehr Diskussionen als um die Tourismusabgabe. Auch eine Gesetzesnovellierung brachte keinerlei Verbesserungen. Wenn politisch schon kein Wille vorhanden ist, diese Abgabe vollständig abzuschaffen, so sollte diese zumindest für die nächsten 2 Jahre nicht erhöht werden können. Gerade in Zeiten der massiven Teuerung stöhnen die heimischen Betriebe unter der hohen Steuern- und Abgabenlast. In der derzeitigen wirtschaftlichen Situation müssen alle Unternehmer:innen "den Gürtel enger schnalle", so auch die Tourismusverbände. Auch sie haben sich an die Grundsätze des kaufmännischen Handelns zu richten und müssen auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und zweckgebundene Mittelverwendung achten. Vor allem müssen die TVB in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auch angesparte Rücklagen auflassen und sich nicht einfach das zusätzlich benötigte Geld bei den Tiroler Unternehmer:innen durch eine Erhöhung der

Promillesätze holen.

Als negatives Beispiel ist hier der Tourismusverband Kitzbühel stellvertretend zu nennen. Dort wird kurzfristig und ohne Vorlaufzeit beschlossen, dass die Kurtaxe mit 1.1.2024 von 1,80 Euro auf 3,50 Euro fast verdoppelt werden soll und der Promillesatz für die zwangsbeglückten Betriebe um 20% erhöht werden soll. Der Tourismus wird momentan medial, zu Unrecht, als Inflationstreiber dargestellt und genießt daher kein allzu gutes Ansehen. Die Erhöhungen der Abgaben werden diesem Bild nicht entgegenwirken, das Gegenteil wird der Fall sein.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass die heimischen Betriebe sofort entlastet werden müssen und noch in diesem Jahr Planungssicherheit für die nächsten Monate brauchen.

Innsbruck, am 08.11.2023

Zugl Obermüller